



KURZ VOR DEM JAHRESWECHSEL

Das Jahr 2016 – Ein Jahr der Entscheidungen!

Von unserem Landesvorsitzenden Ralf Porzel



Ralf Porzel Foto: GdP

Das Jahr 2016 neigt sich dem Ende zu, und bevor ich zurückblicke, um eine Bilanz zu ziehen, will ich die Rahmenbedingungen, unter denen

wir in das Jahr 2016 gestartet sind, noch einmal zusammenfassen. Auf der Basis unserer Mitgliederbefragung im Jahr 2015 wurde im Rahmen eines Abschlussberichtes ein „12-Punkte-Katalog“ mit Handlungsempfehlungen und Forderungen entwickelt, die aus unserer Sicht einer kurz- bzw. mittelfristigen Umsetzung bedurften. Diese Forderungen wurden in die Evaluierungskommission (EvaKom) eingebracht und Innenminister Bouillon, Staatssekretär Seel sowie der Lenkungsgruppe der Evaluierungskommission vorgestellt und zur Diskussion gestellt.

Durch die sich zum Jahresende 2015 zuspitzende Flüchtlingskrise und die Verschärfung der terroristischen Bedrohungslage (erinnert sei an die Anschläge in Paris und Brüssel) wurde die gewerkschaftliche Forderungslinie der GdP ergänzt und in der öffentlichen Debatte mit Nachdruck versehen. Und ganz nebenbei starteten wir zum Jahresbeginn 2015 in eine von Warnstreiks begleitete heftige Tarifauseinandersetzung, in der es galt, die Tarifforderungen für unsere Landesbeschäftigten umzusetzen und die Übertragung

des Ergebnisses auf Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfänger sicherzustellen.

Die wesentlichen GdP-Forderungen lauteten:

Rückkehr zu der im Koalitionsvertrag vereinbarten Einstellungsgröße von jahresdurchschnittlich 100 Neueinstellungen, Abbaustopp im Tarifbereich, Schaffung von zusätzlichen Tarifbeschäftigungsverhältnissen zur Entlastung der Vollzugspolizei, Stärkung der polizeilichen Präsenz in der Fläche, Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung.

Bezogen auf die Aufbauorganisation: Schnellstmögliche Fortentwicklung der „B“-Inspektionen, Überprüfung der Dienststellenstruktur, Überprüfung und Veränderung der SEE-Strukturen. Im Bereich der Ablauforganisation sollten Aufgabenkritik und Entlastung der Vollzugspolizei von nichthoheitlichen und vollzugsfremden Aufgaben, die Überprüfung der ESD- und KD-Strukturen, die Überprüfung der Belastungs-, Arbeitszeit- und Ausbildungssituation in der Bereitschaftspolizei in den Blick genommen werden.

Ein für uns wichtiges Thema war auch die Überprüfung und Verbesserung der persönlichen Schutzausstattung und dienstlichen Ausstattung in der Operativen, den Spezialeinheiten und der Bereitschaftspolizei sowie die Prüfung des Einsatzes neuer Technik wie z. B. Videotechnik und Distanz-Elektroimpulsgeräten (DEIG).

Vorweg lässt sich die Bilanz des Jahres 2016 vielleicht zusammenfassend mit der Feststellung beschreiben, dass wir vieles erreicht haben, aber auch erkennen müssen, dass in dem kommenden Jahr noch vieles vor uns liegt. Wir haben alle gemeinsam, in der Gewerkschaft der

Polizei und ihren Gremien sowie in den Personalräten vieles von dem, was auf unserer Agenda stand, auf den Weg gebracht und in der Umsetzung inhaltlich begleitet. Daraus resultierend wurden viele Entscheidungen auch grundlegender Natur getroffen. Als Ergebnis kann man festhalten:

Einkommensverbesserung

In einer schwierigen Tarifauseinandersetzung konnte durch uns eine lineare Einkommensverbesserung von 2,1 Prozent für 2015 und 2,3 Prozent für 2016 erzielt werden. Für die anstehende Tarifrunde 2017 gibt es nach einer ersten Sondierung zu dem Thema positive Signale, dass sich eine lineare Einkommensverbesserung am Tarifabschluss des Bundes orientieren könnte.

Verbesserung der Personalsituation

Wir haben für die Jahre 2016 und 2017 die Einstellung von 110 Polizeianwärterinnen und -anwärtern verbindlich vereinbart. Es wurden 30 Tarifbeschäftigte eingestellt, welche in der neuen Organisationseinheit „Polizeilicher Ordnungsdienst (POD)“ im Sinne einer aufgabenkritischen Überprüfung für die Bearbeitung der Aufgaben: Wach- und Pförtnerdienst an polizeilichen Liegenschaften und Gebäuden des Innenministeriums, technische Verkehrsüberwachung und Objektschutzmaßnahmen insbesondere an Flüchtlingsunterkünften zuständig sind.

Es wurden 15 Tarifbeschäftigte für den Bereich des Landespolizeipräsidiums (LPP), darunter ein Islamwissenschaftler, eingestellt, und für das Jahr 2017 ist die Einstellung weiterer



20 Tarifbeschäftigter für den Bereich des LPP mit Schwerpunkt Direktion 2 vorgesehen. Es wurden zusätzlich für den Bereich Wach- und Pförtnerdienste 20 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen, und es werden jährlich bis zu 20 Beschäftigungsverhältnisse auf freiwilliger Basis über die Lebensarbeitszeitgrenze hinaus verlängert. Darüber hinaus wurde in Verhandlungen mit politisch Verantwortlichen weitestgehend Konsens darüber erzielt, dass es dringend einer kontinuierlichen Personalbewirtschaftung braucht mit jahresbezogenen Einstellungsgrößen über 100 Anwärterinnen und Anwärtern.

Fortentwicklung der Aufbauorganisation

Das für die sogenannten „B“-Inspektionen geplante Verlaufsmodell wird beschleunigt, und die Inspektionen werden bei einem einheitlichen Personalstandard auf sechs „Nacht-Schließzeiten“ pro Woche festgeschrieben. Mit der Einrichtung einer

Operativen Einheit (OpE Saarland) wird die bisher bestehende SEE-Struktur grundlegend verändert. Die Schaffung neuer Großinspektionen durch das Zusammenführen mehrerer Inspektionen führt zu Synergieeffekten und einer Reduzierung der PI-Standorte insgesamt. Die Schaffung einer Großinspektion PI Nordsaarland am Standort Wadern ist für das kommende Jahr vorgesehen. Nach einem „Maßgabenbeschluss“ des Kabinetts sollen die Planungen für eine Großinspektion Saarbrücken-Stadt aufgenommen werden, und in die

Operative und der Spezialeinheiten zu verbessern. Es werden für die bestehenden Schutzwesten sogenannte taktische Überziehhüllen beschafft, um die Einsatzmöglichkeiten und den Tragekomfort zu verbessern. Eine Verbesserung der persönlichen Ausstattung und der Ausstattung der Funkstreifenwagen ist geplant.

Ich glaube, man kann vor dem Hintergrund dieses Rückblicks durchaus von einem Jahr der Entscheidungen sprechen, und man kann erahnen, dass diese sich ins Jahr 2017 fortsetzen werden.



Die GdP-Saarland
wünscht Euch allen
frohe Weihnachten
und einen
guten Rutsch ins
neue Jahr !!!

© Martin Becker

 DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Saarland

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp.de

Redaktion:
Lothar Schmidt, Gewerkschaftssekretär
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland
Kaiserstraße 258, 66133 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 8 41 24 13, Fax: -15
Mobil: 01 57-71 72 14 18
E-Mail: Lothar.Schmidt@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489

Planung und den Bau eines modernen Einsatz- und Trainingszentrums auf dem Campus Götteborn sollen rund sechs Millionen Euro investiert werden.

Verbesserung der Sicherheits- und Schutzausstattung

Es wurde durch die Änderung des Saarländischen Polizeigesetzes die notwendige Voraussetzung für den Einsatz von sogenannten Körperkameras geschaffen, und in einem saarländischen Pilotprojekt soll der Kameraeinsatz getestet werden, um der steigenden Gewalt gegen Polizeibeamte zu begegnen. Im Rahmen des „Sicherheitspaketes 4“ werden 945 000 Euro zur Verfügung gestellt, um die Ausrüstung und Sicherheitsausstattung der

Es bleibt mir mit Blick auf die bevorstehenden Feiertage und das nahende Jahresende auch im Namen des GdP-Landesvorstandes allen GdP-Mitgliedern Dank auszusprechen für die vielfältige Unterstützung, die Bereitschaft, sich auch in schwierigen Zeiten zu bekennen und zu engagieren, in welcher Art und Weise auch immer. Ich darf unseren Mitgliedern, Freunden und Helfern sowie allen Beschäftigten der saarländischen Polizei und ihren Familien eine gesegnete Weihnachtszeit, die Zeit zur Besinnung, des Innehaltens für den Moment, die notwendige Erholung sowie die Kraft für das Kommende wünschen.



GLÜCKWUNSCH, LIEBER CHARLY!

Am 19. September feierte unser Landeskassierer Charly Wannemacher (Einstellung 1974) seinen 60. Geburtstag. Charly ist schon viele Jahre als Gewerkschafter (seit über 40 Jahren ist er nun GdP-Mitglied) in unterschiedlichsten Funktionen engagiert: als Vertrauensmann in Saarlouis, als ÖPR-Vorsitzender in der PD West, als Landesredakteur unserer Gewerkschaftszeitung DEUTSCHE POLIZEI (1999–2004), als Landeskassierer (seit 2004), als stellv. Vorsitzender des PPHR (2001–2013) und als dessen Vorsitzender (seit 2013).

Unser Landesbezirk hat Charly sehr viel zu verdanken. Er wird nicht nur als Gesprächs- und Verhandlungspartner in komplizierten Sachfragen geschätzt; vor allem zeigt er in hitzigen Auseinandersetzungen immer, dass er sein Gewerkschaftsherz am richtigen Fleck hat.

Charly ist ein guter Kollege, ein wahrer Freund unserer Gewerkschaftsbewegung.

Wir wünschen ihm für die Zukunft alles erdenklich Gute, vor allem aber, dass er so bleibt, wie er ist.



Ralf Porzel (re.) gratuliert Charly zum Geburtstag. Foto: Lothar Schmidt

MITGLIEDERVERSAMMLUNGEN

Kreisgruppe Saarlouis

Donnerstag, 8. Dezember 2016, 14.00 Uhr, bei der Feuerwehr in Lebach (Dillinger Str. 110)

Kreisgruppe Neunkirchen

Donnerstag, 8. Dezember 2016, 14.00 Uhr, in der Gaststätte Alt-Steigershaus an der Landstraße zwischen Bildstock und Merchweiler

FACHTAGUNG

Sicherheits- und Schutzausstattung

Von Jan Poß, Vertrauensmann der PI St. Johann

Am Dienstag, 11. 10. 2016, fand in der Aula des Landespolizeipräsidiums eine von der GdP organisierte Fachtagung zum Thema „Sicherheits- und Schutzausstattung“ statt. Unser Landesvorsitzender Ralf Porzel konnte neben den beiden externen Referenten insgesamt 34 Gäste begrüßen, welche der Einladung gefolgt waren. Hierunter befanden sich neben zahlreichen interessierten Kolleginnen und Kollegen auch der Landespolizeivizepräsident Hugo Müller sowie mehrere Mitglieder des saarländischen Landtags und dortigen Innenausschusses, Günter Waluga (SPD), Stefan Pauluhn (SPD), Dr. Magnus Jung (SPD), Petra Fretter (CDU) und Birgit Huonker (Die Linke).

In seiner Begrüßung reflektierte Ralf Porzel nochmal kurz die aktuelle Sicher-

heitslage in Deutschland und nannte hier exemplarisch die aktuellen Gefahren durch den (islamischen) Terrorismus und die steigende Anzahl an Gewalttaten gegen Polizeibeamte. Bei der diesbezüglichen politischen Debatte, welche in Bund und Ländern geführt wird, sei es Aufgabe gewerkschaftlicher Gremien, sich auf unterschiedlichen Ebenen in diese Diskussion einzubringen.

Die Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe (KG) Saarbrücken-Stadt, Jordana Becker, führte weiter fort, dass die gemeinsame Idee zur Durchführung einer solchen Fachtagung nach einer Vorstandssitzung der KG Saarbrücken-Stadt Anfang des Jahres gereift war. Nachdem von Mitgliedern der PI Saarbrücken-St. Johann berichtet wurde, dass eine beträchtliche Anzahl von



Ralf Porzel eröffnet die Fachtagung und begrüßt die Gäste.

Fotos: Dirk Britz



FACHTAGUNG



Jordana Becker hat die Debatte angestoßen.

Mitarbeitern der Dienststelle, die auch im Außendienst eingesetzt werden, nicht über eine persönlich zugewiesene Schutzweste verfügt, erfolgte eine entsprechende Anfrage bei den beteiligten Dienststellen im Landespolizeipräsidium. Die Diskussion der entsprechenden Antworten und Ergebnisse zum Thema Schutzweste innerhalb des Vorstands führte dann zu einer gesamtheitlichen Betrachtung des Themas Eigensicherung bei der saarländischen Polizei.

Auch der Landespolizeivizepräsident Hugo Müller begrüßte die anwesenden Gäste der Fachtagung und blickte in seinem kurzen Grußwort auf seine Zeit als Vorsitzender der Jungen Gruppe in den 1980er-Jahren zurück. Seitdem habe sich viel in punkto Eigensicherung getan. Er verdeutlichte, dass es die Aufgabe von Gewerkschaften sei, Dinge zu fordern. Mit dem Hinweis auf die finanziell bedingt begrenzten Möglichkeiten zur Umsetzung verschiedener Vorhaben im Bereich der Verbesserung der Schutzausstattung innerhalb der saarländischen Polizei gratulierte Hugo Müller zur Idee dieser Veranstaltung und erhoffte sich eine spannende Diskussion.

Um ein Beispiel für ein Konzept zum Thema Eigensicherung zu erhalten und die Diskussion im Saarland weiter voranbringen zu können, wurde Herr Direktor der Polizei, Alfred Soetbeer, seit 2013 Referatsleiter „Technik und Finanzen“ der Polizei im niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, eingeladen, welcher zum Thema „Polizei Niedersachsen – Strategie 2020“ und hier insbesondere zu den Unterpunkten „Optimierung der Ausstattung der Polizei mit Führungs- und

Einsatzmitteln“ sowie „Ballistischer Schutz – Wirkung und Grenzen“ referierte.

Nach den Terroranschlägen in Frankreich und Belgien wurden in Bund und Ländern vielfache Diskussionen über Beschaffungsmaßnahmen zusätzlicher Sicherheitsausrüstung geführt, wobei v. a. Schutzwesten und eine stärkere Bewaffnung im Fokus der Sicherheitsbehörden standen. Herr Soetbeer berichtete hier von der Vorgehensweise im niedersächsischen Innenministerium. Neben der Aufklärung, was in anderen Bundesländern diesbezüglich getan wird, wurde dort ein Workshop durchgeführt, bei dem 150 Polizeibeamte aus dem operativen Spektrum (Wach- und Streifen dienst, Spezialeinheiten sowie Dienstgruppenleiter) teilnahmen. Mit dem Wissen um die Ereignisse in



Direktor der Polizei Alfred Soetbeer von der Polizei Niedersachsen (rechts neben Dieter Debrand) referierte als ausgewiesener Fachmann in Fragen der Schutzausstattung.

Frankreich und Belgien wurden zunächst verschiedene Szenarien und polizeiliche Lagen gesammelt, in welchen eine bessere Ausstattung der Polizei zur erfolgreichen Bewältigung des Einsatzes erforderlich wäre.

Beginnend mit einem Beispiel aus dem Terroranschlag auf die Redaktion der französischen Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ im Januar 2015, bei dem ein frz. Streifenwagen von den Attentätern mit einer Kalaschnikow beschossen wurde, zeigte Herr Soetbeer die verschiedenen Schutzklassen (SK) der erhältlichen Schutzwesten auf.

Eine Schutzweste der SK 1 habe bei

einem Beschuss mittels einer Kalaschnikow nicht einmal eine schusshemmende Wirkung. Das Geschoss gehe durch die Weste „wie ein heißes Messer durch Butter!“ Einem Kalaschnikow-Beschuss halte lediglich eine Schutzweste der SK 4 stand. Alle anderen Schutzklassen seien gegen einen solchen Beschuss wirkungslos. Das Problem dieser Schutzweste der SK 4 liege allerdings beim Gewicht von ca. 18 kg. Solch eine Weste biete kaum bis keine Bewegungsfreiheit.

Als eine Art Kompromiss zwischen Schutz und Komfort hätten sich Überziehwesten mit Plattenkörpern der SK 4 als Alternative herausgestellt, welche Kalaschnikow-Beschuss standhielten. Diese hätten ein Gewicht von 6,2 kg und könnten im Einsatzfall ähnlich einer Warnweste schnell über der Uniform angelegt werden.

Zur Komplettierung der ballistischen Schutzausstattung sei auch ein entsprechender Schutzhelm als erforderlich erachtet worden.

Als Ergebnis des ersten Workshops würden nun in Niedersachsen Überziehwesten mit Schutzplatten der SK 4 beschafft und jeder Funkstreifenwagen mit zwei solcher Westen ausgestattet. Zudem würden in jedem Funkstreifenwagen Vorrichtungen zum sicheren Transport der MP 5 verbaut werden. Weiterhin erhielten die MPs ein Leuchtpunktvisier, was den Vorteil eines weiteren Sichtfelds in Hochstresssituationen biete.

Herr Soetbeer zog abschließend das Fazit, dass auch bei einer militärischen Ausrüstung und Vorgehensweise der Täter die maximale ballistische Schutzausstattung und Bewaffnung der Polizei für den täglichen Polizeidienst nicht geeignet scheint.

Es müsse stets zwischen Funktionalität und Schutz abgewogen werden. Bei jedem neuen Führungs- und Einsatzmittel müsse zudem ein entsprechendes Ausrüstungs- und Ausbildungskonzept bedacht werden. Die Übung und körperliche Fitness sowie die ganzheitliche Erprobung und Nutzung durch die späteren Anwender sollten ebenfalls im Blick behalten werden.

Herr Polizeioberrat Björn Neureuther, Dienststellenleiter der Polizeiinspektion Andernach und Mit-



FACHTAGUNG

glied im GdP-Landesbezirk Rheinland-Pfalz sowie Vorsitzender des GdP-Bundesfachausschusses Schutzpolizei, trug seine „fachliche Beurteilung der Einsatzmöglichkeiten von Distanz-Elektroimpulsgeräten (Taser) durch den Wach- und Streifendienst (WSD) und andere Organisationseinheiten außerhalb der Spezialeinheiten“ vor, welche er mit kurzen Filmbeiträgen veranschaulichte.

Im rheinland-pfälzischen Trier soll der WSD in einem Pilotprojekt mit Distanzelektroimpulsgeräten, sog. Tasern, ausgestattet werden. Zur Implementierung dieses Projekts sei im Innenausschuss des rheinland-pfälzischen Landtags zuvor eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden, welche die Themenfelder Recht, Medizin und Taktik/Technik näher beleuchteten. Diese Arbeitsgruppe setzte sich aus Ärzten, Polizeibeamten, Technikern, Angehörigen von Spezialeinheiten, einem Vertreter der schweizerischen Polizei sowie einem Mitglied von Amnesty International Deutschland zusammen. Björn Neureuther nahm das Fazit der Arbeitsgruppe vorweg und berichtete, dass es von allen Vertretern der Arbeitsgruppe schlussendlich als „gutes Einsatzmittel“ bezeichnet worden wäre.

Bei den Distanzelektroimpulsgeräten (DEIG) handele es sich um Modelle der Firma „Taser“; es gebe derzeit keinen anderen Hersteller, der zuverlässige und qualitativ vergleichbare Geräte entwickeln kann. Bei einem Taser handele es sich auch nicht um eine Wunderwaffe, da es solche schlichtweg nicht gebe. Durch den Einsatz von DEIG könne aber eine taktische Lücke in polizeilichen Einsätzen geschlossen werden. Hierbei stünden Zwangsmaßnahmen bei Personen im Vordergrund, welche aufgrund unterschiedlicher Ursachen (Personen unter Betäubungsmittel- und/oder Alkoholeinfluss, Personen, welche sich in einem psychischen Ausnahmezustand befinden) schmerzunempfindlich sind und auf den Einsatz von Pfefferspray und/oder Schlagstock nicht reagieren.

In rechtlicher Hinsicht seien die DEIG im Waffengesetz unter § 1 Abs. 2 Nr. 2b i. V. m. der Anlage 1 zum WaffG, Abschnitt 1, Unterabschnitt 1, Ziffer 1.2.1 WaffG zu subsumieren. Damit



POR Björn Neureuther, Vorsitzender BFA Schutzpolizei, kennt sich aus mit Tasern.

gelte ein Taser als Schusswaffe im Sinne des WaffG. Diese Einordnung sei jedoch aus Sicht des GdP-Bundesfachausschusses Schutzpolizei falsch. Das Einsatzspektrum des Tasers solle den Bereich vor einem (rechtlich) zulässigen Schusswaffengebrauch abdecken. Komme es z. B. zu einem Messerangriff auf einen Polizeibeamten, sei es für einen Tasereinsatz bereits zu spät. Des Weiteren dürfe ein Taser nicht bei Versammlungen eingesetzt werden. Zur Durchführung des bereits beschriebenen Pilotprojekts bei der Polizei Trier wurden die Distanz-Elektroimpulsgeräte in § 58 des Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG) mit aufgenommen und sind dort explizit genannt.

Bzgl. der zum Einsatz kommenden Technik beim Taser beschrieb Herr Neureuther die Wirkungsweise eines solchen DEIG. Diese hätten bis auf eine Entfernung von fünf Metern eine optimale Wirkungsweise. Zwei Sonden, welche in einer Kartusche untergebracht sind, werden nach Auslösen des Abzugs nach vorne abgeschossen. Um das Gegenüber angriffsunfähig machen zu können, müssen beide Sonden im Körper auftreffen, sodass zwischen diesen beiden Sonden Strom fließen kann. Dieser Stromfluss, welcher bei zwei bis fünf Milliampere liege, wirke auf das zentrale Nervensystem. Der Stromfluss führe zur Verriegelung des betroffenen Muskelapparats, was die Muskeln versteifen und die Person umfallen lasse. Anschließend habe man ca. fünf Sekunden Zeit, die Person zu fixieren – so lange halte nämlich die Handlungsunfähigkeit an.

Bei dem alten Taser (x26) habe es eine Kartusche mit zwei Sonden und einem Laser als Zielvisierung gegeben. Bei dem neuen Gerät (Typ: x2,

Stückpreis ca. 1350 €) gebe es zwei Kartuschen (Stückpreis pro Kartusche: 25 € bis 40 €) mit jeweils zwei Sonden und zwei Lasern als Zielvisierung. Die Kartuschen sind Einmal-Kartuschen und müssen nach jedem Einsatz ausgetauscht werden. Die zweite Kartusche sei v. a. deswegen extrem wichtig, da es durchaus vorkommen könne, dass eine der Sonden beim ersten Schuss (aus unterschiedlichen Gründen wie z. B. dicker Kleidung, Zielfehler etc.) nicht trifft. So habe man bei einem zweiten

Schuss die Möglichkeit eines erneuten Treffers.

Ein weiterer Vorteil des neuen Taser x26 sei die sog. „Knistertaste“, Mit dieser könne – ähnlich einem Warnschuss bei der Schusswaffe – der Tasereinsatz angedroht werden. Durch Betätigen dieser Taste werde ein Lichtbogen und das entsprechende elektrische „Knistern“ ausgelöst, ohne dass jedoch die Sonden abgeschossen werden oder tatsächlich Strom fließt. Diese abschreckende Wirkung habe bereits das polizeiliche Gegenüber zur Aufgabe bewegt.

Einer der größten Vorteile sei die Tatsache, dass man sich nicht gegen den Stromfluss wehren könne. Die Muskeln verkrampften auf jeden Fall, egal in welchem Zustand sich die Person befindet. Erfahrungen in Österreich und der Schweiz hätten gezeigt, dass die Gegenwehr sofort nach Beginn des Stromflusses eingestellt werde. Weiterhin sei das Gerät weder kälte- noch hitzeempfindlich.

Bezüglich der medizinischen Betrachtungsweise berichtete Herr Neureuther von den Ausführungen der beiden Mediziner in der Arbeitsgruppe des Innenausschusses des rheinland-pfälzischen Landtags.

In taktischer Hinsicht werde empfohlen, den Taser-Einsatz bei Anwesenheit von vier Beamten, also zwei Einsatzkommandos, durchzuführen. Der mit dem Taser ausgestattete Beamte sollte von seinem Streifenpartner gesichert werden, während das zweite Einsatzkommando sich um den Zugriff kümmert und die Person im besten Falle schon vor dem Sturz abfangen und schließlich fixieren kann. Die Reichweite der Drähte reiche bis 7,5 m. Ein effektiver Einsatz der DEIG finde laut Experten jedoch bei einer Distanz von ca. 5 m statt. Eine Mindestdistanz gebe es nicht.



FACHTAGUNG

Als Anwendungsbeispiele der DEIG nannte Herr Neureuther beispielhaft statische Bedrohungslagen, angekündigte Suizide, die Festnahme/Inge-wahrsamnahme von aggressiven und/oder aufgrund vorherigen Betäu-bungsmittel-, Medikamenten- und/oder Alkoholkonsums schmerzempfindlichen Personen; auch ein Einsatz gegen aggressive Tiere sei denkbar.

Letztendlich müsse jedes Land ein Ausstattungskonzept erstellen, in welchem geregelt wird, welche Dienststellen mit DEIG ausgestattet werden. Neben dem Ausstattungskonzept sei auch ein Ausbildungskonzept unabdingbar. Bei dem rheinland-pfälzischen Pilotprojekt werde es eine zwei-tägige Erstausbildung mit den Themenfeldern Recht, Medizin und Technik geben. Nach einer gewissen Zeit würden noch einmal zwei halb-tägige Fortbildungsveranstaltungen stattfinden.

Herr Neureuther schloss seinen Vortrag mit seiner persönlichen Meinung, dass der Taser eigentlich als Führungs- und Einsatzmittel bei Polizei-kräften, die den ersten Angriff zu bewältigen haben, beschafft werden müsse, ab. Die Folgen eines Tasereinsatzes seien sowohl beim polizeilichen Gegenüber als auch bei den eingesetzten Polizeibeamten geringer als bei anderen Waffen wie Schlagstock, Pfefferspray oder gar der Schusswaffe.

Nach dem Vortrag wurden in einer Diskussionsrunde noch offene Fragen der Zuhörer durch Herrn Neureuther beantwortet.

Die Fachtagung wurde durch Marvin Mayer abgerundet, der das von der Jungen Gruppe in der Vergangenheit mehrfach angesprochene Thema „Überziehschutzweste“ kurz skizzierte.

Im dem von ihm dargestellten Vergleich zur aktuell verausgabten Unterziehschutzweste stellte er zunächst die Nachteile dieser dar. Demnach habe die Tragebereitschaft der Unterziehschutzwesten im täglichen Dienst rapide abgenommen. Die Probleme der bisher im Saarland verausgabten Unterziehschutzweste lägen hier v. a. in der Beschaffenheit der Weste. Zudem klagten Kolleginnen und Kollegen bei einer acht- bis zwölfstündigen Tragezeit über Rücken- und Nackenschmerzen. Das alternative Mitführen im Streifenwagen sei ebenfalls unzumutbar, da ein kurzfristiges Anlegen der Weste unter der Kleidung nicht möglich sei.

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland
Seminarprogramm 2017

Work-Life-Balance für Frauen

- 10. bis 11. März 2017
- Merkers's Bostal Hotel, Bosen

Stressbewältigung

Einfach. Effektiv.

- 10. bis 12. Juli 2017
- Arbeitskammer, Kirkel

Fürsorgepflicht des Dienstherrn / Beihilfe

- 20. bis 21. März 2017
- Merkers's Bostal Hotel, Bosen

Hinter dem Horizont geht's weiter

ArbeitnehmerInnen / Leben nach der Erwerbsarbeit

- 26. bis 28. Juli 2017
- Arbeitskammer, Kirkel

Im Rampenlicht

Persönliche Ausstrahlung, Lampenfieber, Selbstpräsen-tation

- 27. bis 31. März 2017
- Arbeitskammer, Kirkel

Personalvertretungsrecht / LGG / SGB IX

Grundlagenseminar für Personalratsmitglieder

- 28. bis 30. August 2017
- Arbeitskammer, Kirkel

Seniorensseminar

Altersvorsorge, Versorgung, Beihilfe

- 29. bis 31. März 2017
- Merkers's Bostal Hotel, Bosen

Vertrauensleuteseminar

Argumentieren und Vertrauen gewinnen

- 15. bis 17. November 2017
- Merkers's Bostal Hotel, Bosen

Tarifseminar

Tarifverträge und ihre Wirkungen

- 30. März bis 31. März 2017
- Arbeitskammer, Kirkel

Reagiere klug, auch wenn man dich unklug behan-delt

- 04. bis 08. Dezember 2017
- Arbeitskammer, Kirkel

Vorbereitung auf den Ruhestand

Woran muss ich denken? (2 Seminartermine)

- 05. bis 07. April 2017 und
- 18. bis 20. Oktober 2017
- Merkers's Bostal Hotel, Bosen

Seminarangebote der GdP in Kooperation mit Arbeit und Leben sowie dem Bildungszentrum der Arbeitskammer des Saarlandes

Anmeldungen, weitere Informationen und zusätzliche Seminarangebote unter www.gdp-saarland.de

Gegenüber der Unterziehschutzweste bietet eine Überziehschutzweste mehrere Vorteile. So erhöhe eine über der Kleidung getragene Weste (mit dem Aufdruck „Polizei“) die Erkennbarkeit der Polizeibeamten in der warmen Jahreszeit, und in den aufgesetzten Taschen könnten die Ausrüstungsgegenstände professionell untergebracht werden. In den Zeiten auf der Dienststelle bestünde die Möglichkeit der Akklimatisierung und der Entlastung des Nackens, und im Einsatzfall könne die Schutzweste wieder schnell angelegt werden.

Wie zwischenzeitlich vonseiten der Verantwortlichen im Landespolizei-präsidium (LPP) bekannt gegeben wurde, sollen auch im Saarland

taktische Überziehhüllen samt Trau-maplatten zur Verstärkung angeschafft und Anfang des Jahres 2017 an alle Polizeibeamtinnen und -be- amte in den operativen Dienststel- len (Wach- und Streifendienst, Zen-traler Verkehrsdienst, Dienstthun- destaffel und Bereitschaftspolizei) verausgabt werden.

Nach dem Ende des offiziellen Teils bestand die Möglichkeit, die Ergebnisse der Präsentationen noch in lockerer Runde zu diskutieren. Die Tatsache, dass hiervon rege Ge- brauch gemacht wurde, macht deut- lich, dass die angesprochenen The- men offenbar die Kolleginnen und Kollegen der saarländischen Polizei sehr beschäftigen.



PRISMA



Dietmar Böhmer (re.) gratuliert für die GdP-Kreisgruppe St. Wendel.

Am 16. Oktober 2016 wurde unser Ruhestandskollege Willibald Breit aus Freisen-Grügelborn 80 Jahre alt. Er begann seine Polizeilaufbahn am 1. 1. 1958 bei der BPA Saarbrücken; im selben Jahr trat er auch in die GdP ein. In Landsweiler-Reden, St. Wendel, Neunkirchen und Ottweiler war er bedienstet.
Foto: Böhmer



Die Kreisgruppe LPP unterstützt die Anschaffung von Sitzbänken für die Polizeidiensthundestaffel des Saarlandes. Anfang Oktober konnte durch unseren Vertrauensmann Bernhard Müller an den Dienststellenleiter EKHK Axel Klein 100 Euro als Zuschuss zum Material überreicht werden. Unserem Kollegen Horst Greif ist zu verdanken, dass das Projekt umgesetzt werden konnte. Dieser stellte mit viel handwerklichem Geschick zwei sehr schöne massive Sitzbänke her. Das Bild zeigt: Diensthund Elvis, Vertrauensmann Bernhard Müller, Dienststellenleiter Axel Klein, Horst Greif und Diensthündin Enya.
Foto: Lisa Mayer



Ca. 220 Tanzbegeisterte folgten unserer Einladung zum traditionellen Polizeiball am 29. 10. im Homburger Saalbau, der unter dem Motto „30 Jahre uniformierte Frauen in der saarländischen Vollzugspolizei“ stand; nächste Gelegenheit zum Tanzen ist unser Neujahrsempfang am 6. 1. 2017, 19 Uhr, in der Neunkircher Gasgebläsehalle.
Foto: D. Britz



Die diesjährige Herbstveranstaltung der Kreisgruppe St. Wendel führte am Mittwoch, 5. Oktober, in den „Gläsernen Globus“. Den Einkaufsmarkt dürfte jeder der 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer schon einmal gesehen haben. Jedoch wurde an diesem Tag ein Blick hinter die „Kulissen“ des Warenhauses genehmigt. Nach dem etwa 2½-stündigen sehr interessanten und kurzweiligen Programm begab man sich in die Gaststätte „Saalbau“, wo im Rahmen einer geschlossener Gesellschaft ein reichhaltiges bayrisches Büfett auf die hungrigen Teilnehmer wartete. Ein schöner Tag unter Freunden.
Foto: Christian Ley



Die Rietburg bei Edenkoben, der Speyerer Dom und die Winzergenossenschaft in Kallstadt waren am 12. Juli die schönen Ziele der Seniorenfahrt der Kreisgruppe LPP. Ein 50er-Bus war sehr gut gefüllt, das Gemeinschaftserlebnis tat mal wieder richtig gut, und 2018 ist eine Seniorenfahrt wieder fest eingeplant. Kollege Willi Ludt, der am Ausflugstag Geburtstag hatte, hörte auf der Heimfahrt noch ein fröhliches Geburtstagsständchen.
Foto von der Aussichtsplattform der Rietburg: Landespolizeipfarrer Rudolf Renner

Christof Wilhelm (li.) gratulierte Dietmar Maus (Einstellung, 1984), der am 1. August stellv. Leiter der PI Merzig wurde, im Namen seiner Kreisgruppe und überreichte ihm eine Wanduhr. Er soll immer Zeit haben für gute Gespräche – auch mit seiner GdP.
Foto: Wilhelm



Dietmar Maus (re.) an seiner alten Wirkungsstätte als ÖPR-Vorsitzender in neuer Funktion als stellv. Dienststellenleiter.



ALS GdP-MITGLIED GUT ABGESICHERT UNTERWEGS SEIN!



Der tägliche Weg zur Arbeit, der große Einkauf oder der Ausflug am Wochenende ... Das alles wird durch ein eigenes Auto viel bequemer. Ein Auto bedeutet eben Freiheit. Damit diese Freiheit bleibt, solltest Du den umfassenden Versicherungsschutz der SIGNAL IDUNA Gruppe wählen.

Das Highlight für GdP-Polizeianwärterinnen und -anwärter:

Als Versicherungsnehmer startest Du in der Kfz-Haftpflichtversicherung grundsätzlich in der höchsten Klasse, mit einem Beitragssatz von 100 %. Jedoch nicht bei der SIGNAL IDUNA! Hier steigst Du in der Kfz-Haftpflichtversicherung für Deinen PKW mit der günstigen **Schadenfreiheitsklasse ½ mit einem Beitragssatz von nur 70 %** ein. Und das im besonders günstigen Sondertarif für Polizeibeschäftigte, dem **P-Tarif!** Von der gesetzlich vorgeschriebenen Kfz-Haftpflichtversicherung bis hin zum unbürokratischen Schadenservice erhältst Du umfassenden Schutz.

Bei Fragen steht Dir gern Dein Ansprechpartner der GdP oder der SIGNAL IDUNA Gruppe zur Verfügung.

Coupons senden an: Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland, Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken, Tel. 0681 84124 10, Fax: 0681 84124 15, E-Mail: gdp-saarland@gdp.de



Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland
Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken
Telefon: 0681 84124 10
Fax: 0681 84124 15
E-Mail: gdp-saarland@gdp.de



Bernd K. Zimmer

Begleiten Sie Bernd K. Zimmer auf seinem langen, weiten Weg zurück ins Leben, den er in den Jahren 2013-15 bewältigen musste.

Der passionierte Radfahrer legt die elf Kilometer zu seiner Arbeitsstelle fast täglich mit dem Fahrrad zurück, wenn es die Witterung irgendwie erlaubt. Auch eine vierspurige Straße ist dabei zu überqueren. Eines Tages kommt es zum Unfall: An dieser Stelle erfasst ein Ser-BMW den Radler und er wird schwer verletzt.

Es folgen insgesamt sieben Operationen, vier Wochen stationär im Krankenhaus und drei Monate Reha. Doch damit ist die Sache noch längst nicht ausstanden ...

Der lange, weite Weg zurück ...

... oder der Tag, der mein Leben veränderte



novum pro

VORWORT

Die vorliegende „Geschichte“ ist tatsächlich genauso passiert. Lediglich die Namen wurden zum Schutz der Personen etwas verändert.

Die Orts- und Krankenhausnamen etc. sind authentisch.

Zugrunde liegt der Geschichte die Fahrt mit dem Fahrrad (Trkking-Bike) von Kleinblittersdorf über den Leinpfad (Trekkepfad entlang der Saar) nach Brebach, zur Arbeitsstelle. Normalerweise schaffe ich dies bis zu 120-mal im Jahr, je nach Witterung.

Hier war meine Maxime: „Ich fahre bis 2^o plus“.

Alles andere ist bezüglich der Wegstrecke, entlang der Saar und der Luft (Einatmung) meiner Meinung nach zu gefährlich. Ja, an diesem Morgen klappte die Überquerung in Höhe der „Römerbrücke“ nicht so, wie gewollt.

Ein Ser-BMW kam, laut Gutachten mit 50-70 Km/h., vom St. Arnular Kreisel und erwischte mich, kurz bevor ich die andere Straßenseite erreichen konnte.

Ich wurde schwer verletzt und kam ins Klinikum Saarbrücken. Nach rund 4 Wochen wurde ich liegend zur Reha nach Weiskirchen verlegt. Hier verblieb ich 3 Monate (in Worten: drei Monate).

Nach dem Unfall begann eine nicht enden wollende „Leidenzeit“, die über 26 Monate dauerte, bis ich wieder einigermaßen hergestellt war.

Diese „Leidenzeit“ soll hier in diesem Buch **„Der lange weite Weg zurück ...“** beschrieben werden.

Bernd K. Zimmer
(Sommer 2015)

ISBN: 978-3-95840-074-0

Der Autor

Bernd K. Zimmer, Jahrgang 1953, lebt im schönen Saarland. Er ist pensionierter Polizeibeamter und zugleich (auch heute wieder) begeisterter Radfahrer. Er ist verheiratet und hat drei Kinder. „Der lange, weite Weg zurück ...“ ist sein Erstlingswerk.



Bernd Zimmer ist Mitglied der GdP-Kreisgruppe Saarbrücken-Land. Kreisgruppenvorsitzender Thomas Schlang führte mit Bernd Zimmer ein Interview zu dessen Buch, das auf der Homepage www.gdp-saarland.de nachzulesen ist.

